

Tischvorlage



Hennef
DER BÜRGERMEISTER

Beschlussvorlage

Amt: Schulverwaltungs-, Kultur- und Sportamt
Vorl.Nr.: V/2011/2318
Datum: 16.05.2011

TOP: 1.8
Anlage Nr.: 7A

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	16.05.2011	öffentlich

Tagesordnung

Bürgerantrag des Vereins Schule für alle e.V. vom 26.02.2011;
Erweiterung der Einführung des gemeinsamen Unterrichts an Hennefer Schulen

Beschlussvorschlag

Die Behandlung des Bürgerantrags des Vereins Schule für alle e.V., Frau Schneider, vom 26.02.2001, betreffend die Erweiterung der Einführung des gemeinsamen Unterrichts an den Hennefer Schulen wird zuständigkeitshalber in den Ausschuss für Schule, Sport und Städtepartnerschaften verwiesen.

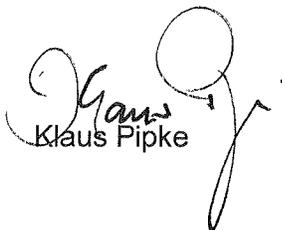
Begründung

Es liegt ein Bürgerantrag des Vereins Schule für alle e. V., vertreten durch die Vorsitzende Frau Lucia Schneider, vom 26.02.2011, auf Prüfung der Voraussetzungen zur Erweiterung der Einführung des GU an allen Schulen in Trägerschaft der Stadt Hennef vor.

Bereits in der Sitzung des Jugendhilfeausschuss am 10.03.2011 wurde die Verwaltung beauftragt einen kommunalen Inklusionsplan als Teil der örtlichen Schul- und Jugendhilfeentwicklungsplanung zu erstellen. Die entsprechende Beschlussvorlage ist als Anlage beigefügt.

Diese Anträge sind im Schulausschuss zu beraten.

Hennef (Sieg), den 16.05.2011


Klaus Pipke


TISCHVORLAGE
Beschlussvorlage

Amt: Amt für Kinder, Jugend und Familie

Vorl.Nr.: V/2011/2241

Datum: 08.03.2011

 TOP: 1.5

Anlage Nr.: _____

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Jugendhilfeausschuss	10.03.2011	öffentlich

Tagesordnung

Eröffnungswerkstatt Inklusion am 26.02.2011
 Erstellung eines Inklusionsplanes
 Antrag der CDU-Fraktion vom 26.02.2011

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird beauftragt, einen kommunalen Inklusionsplan als Teil der örtlichen Schul- und Jugendhilfeentwicklungsplanung zu erstellen

Der erste Schritt ist die Einbeziehung des Inklusionsplanes in die aktuelle Schulentwicklungsplanung. Diese wird daher zunächst in den für die Schulentwicklungsplanung zuständigen Schulausschuss verwiesen.

In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen der gemeinsame Unterricht an den allgemeinbildenden Schulen der Stadt Hennef weiter ausgebaut werden kann. Unter Beachtung des vom Land NRW zu verabschiedenden Inklusionsplanes ist in der Zielperspektive die Aufstellung eines gesamtstädtischen Inklusionsplanes anzustreben.

Begründung

Siehe beiliegenden Antrag der CDU-Fraktion vom 26.02.2011.

Der Jugendhilfeausschuss befasst sich gemäß § 71 Abs. 2 SGB VIII mit allen Angelegenheiten der Jugendhilfe, insbesondere mit der Erörterung aktueller Problemlagen junger Menschen und ihrer Familie sowie mit Anregungen und Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe.